

Ostermarsch 2020: „Schlachtfelder im 21. Jahrhundert“

Karin Leukefeld (Nahostkorrespondentin und Berichterstatterin aus dem Syrienkrieg) beschreibt unter diesem Titel (jw, 16.12.19) wie Wirtschaftssanktionen zum zentralen Bestandteil von Außenpolitik wurden.

Sanktionen ermöglichen heute den Entscheidungsträgern einer globalisierten Welt, einem Gegner „genauso hohe politische und wirtschaftliche Kosten aufzuerlegen wie ein Kriegseinsatz“. Kurzum, ihn zu unterwerfen. Diese Analyse stammt von der Stiftung Wissenschaft und Politik mit dem fast schon zynischen Zusatz, dass in den sogenannten „postheroischen“ westlichen Gesellschaften Kriegesopfer ja „fast allergische Reaktionen“ auslösen. Hingegen nicht: smarte, gezielte, angeblich unblutige Wirtschaftsmaßnahmen.

Als Ende 2019 116 UN-Mitgliedsstaaten einseitige Wirtschafts- und Handelsanktionen für völkerrechtswidrig erklären, enthält sich Deutschland wie die anderen Europäischen Staaten seiner Stimme.

So werden Märkte zunehmend zu den Schlachtfeldern des 21. Jahrhunderts.

Während noch im ersten Weltkrieg 95% der Kriegstoten Militärs und nur 5% Zivilisten waren, ist es in den Kriegen unseres Zeitalters genau umgekehrt. Die Kriege der Gegenwart zerstören vorrangig die staatliche Zivilstruktur des Gegners. Sie kennen kaum militärische Entscheidungsschlachten, eher schonen sie das Militärpotential der Stärkeren. Sie bedienen sich völkerrechtswidriger Belagerungen von gegnerischen Großstädten und Landschaften. Mit unsagbaren Verlusten für die Zivilbevölkerung. Wirtschaftssanktionen sind ein zentraler Teil dieses Leidens.

Den westlichen Gesellschaften schwinden mit den letzten Weltkriegsüberlebenden die Mahner*innen und die Erinnerung. In Europa scheinen diese Kriege so fern wie der Mond.

Gerade zeigt aber die Angst vor einem winzigen Virus die Verletzbarkeit der menschlichen Welt. Neu sind Viren und auch Pandemien nicht. Aber in der Krise neoliberaler Heilsversprechen erreicht ein globaler Handels- und Gewinntransfer virale Grenzen. Gewinne lassen sich nicht grenzenlos privatisieren und Risiken gleichzeitig sozialisieren.

Covid-19 zeigt die hohe Anfälligkeit global vernetzter Systeme und unsere Abhängigkeit von anderen Menschen

Die Strukturanpassungsprogramme des Neoliberalismus erreichen jetzt die Sozialsysteme auch der dominierenden Industrienationen. In den Ländern des Südens haben sie bereits gewütet. Der erzwungene Sozialabbau in Südeuropa hat mit der Solidarität auch die Identifikation mit einem Europa des Friedens und der Freiheit nahezu zerstört.

Frau Leukefeld zitiert einen syrischen Geschäftsmann zu Hilfsprogrammen bei gleichzeitigem Öl- und Wirtschaftsembargo: „Sie geben uns Brot, aber keine Arbeit. Die Menschen werden abhängig, anstatt in Würde zu leben“.

Diese Würde ist in den Restriktionen der Corona-Pandemie auch in den westlichen Nationen gefährdet. Existenzielle Gefahr droht nicht nur den Immunschwachen, sondern auch den Einkommensschwachen. In Deutschland werden Staat und Konzerne das interne Embargo am wahrscheinlichsten überleben. Weniger aber unabhängige Betriebe und Organisationen, die bisher als Kreativkräfte einer freien Marktwirtschaft und Zivilgesellschaft ausgelobt wurden. Auch in Frankreich wird der vom Präsidenten ausgerufene „Kriegssozialismus“ mehr dem Staat und seinen Machtmitteln als einer Zivilgesellschaft dienen. Marktradikale Populisten wollen plötzlich

Füllhörner von Almosen ausschütten. Ohne funktionierendes Wirtschaftssystem hat das mit Würde wenig zu tun.

Eine Idee, die größer ist, als das Problem, zeigt sich in alledem nicht.

Gerade eine globalisierte Welt braucht die Friedensperspektive eines gegenseitigen Vorteils, von Solidarität und Sinn, von Verhandlungen statt Kriegsführung.

Gesellschaftliche Spaltung, Kriegspolitik und Klimakrise bedrohen die menschliche Lebensgrundlage im globalisierten Rahmen.

Der Siegeszug der Globalisierung zu einem weltumspannenden Wirtschaftssystem hat seine flankierende Militärpolitik lange überdeckt.

Ein Virus könnte jetzt die Schutzwirkung starker Sozialsysteme aufzeigen.

Deshalb muss die Friedensbewegung gerade jetzt auf den engen Zusammenhang zwischen Wirtschaftskriegen, Destabilisierung und Kriegsgefahr hinweisen.

„Plötzlich merken wir, dass wir nur so gesund sind, wie unser Nachbar sicher“
(*Abschiedsrede Jeremy Corbyn als Labour-Parteichef 27.03.20*)

Für eine neue Idee, die größer ist als das Problem, sehe ich als Forderungen einer Friedens- und Zukunftsbewegung in der jetzigen Corona-Krise deshalb:

- Beendigung aller nicht UN-organisierter Wirtschaftssanktionen
Soforthilfe für die Geflüchteten in den Lagern der EU-Außengrenze
als ein Zeichen der Humanität

Stärkung von Sozialsystemen, Arbeits- und Bürgerrechten.

Aussetzen der Schuldenlast des globalen Südens

- Humanitäre Waffenruhe in Idlip, Lybien und Yemen,
kein Krieg gegen Venezuela oder den Iran.

Stopp aller Nato-Kriegsmanöver als mehrfaches Risikoverhalten.

Stopp deutscher und europäischer Waffenproduktion als nicht systemrelevant.

Denn: „Wir sind nur so gesund, wie unser Nachbar sicher ist.“

Ich wünsche mir sehr, dass Covid-19 uns und der Welt nationale und internationale Solidarität lehrt - und nicht das große Fürchten !!!!!

Vielen Dank für Eure/Ihre Aufmerksamkeit und Teilnahme am virtuellen „Ostermarsch 2020“

Elke Schrage

